

Die Lage der Demokraten in Amerika

Autor(en): **Mahn, Christina**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **49 (1970)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **19.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338258>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Lage der Demokraten in Amerika

Nach einem alten und einleuchtenden Prinzip ist die Lage der Opposition in einem Lande von der «Güte» der Regierung abhängig. In einer Demokratie jedenfalls. In der Bundesrepublik Deutschland ist sie mies, weil die CDU/CSU-Opposition auf das Polit-Vokabular Kalter-Kriegs-Zeiten zurückgreifen muss, um – wenn schon nichts Sachliches, so doch wenigstens stark Klingendes von sich geben zu können. Nutzlose Versuche, der Regierung Brandt–Scheel beikommen zu wollen. Anders in den USA. Die Lage der Demokraten, der gemässigten Linken, ist günstig. Allein schon deshalb, weil – so tragisch das für den einzelnen amerikanischen Bürger auch ist – Präsident Nixon von Tag zu Tag wortbrüchiger wird. Mehr und mehr entfernt er sich vom Blau des Wahlkampfhimmels, das er versprochen hat.

Die Regierung des Kaliforniers, der sich Kritikern zufolge mehr um die Vertiefung seiner Sonnenbräune bemüht, als sich den Staatsgeschäften zu widmen, entspricht nicht dem, was der Vizepräsident Eisenhowers im Rennen um die Bestätigung seiner politischen «Sendung» seinen Mitbürgern und dem Rest der Welt versprochen hat. Um den Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Lawrence O'Brien, zu zitieren: «Nixon hat versagt, zeigt dieses Versagen immer deutlicher. Denn er hat nichts von seinen Zielen erreicht, geschweige denn sie überhaupt angepeilt.»

In einem Lande, das von verschiedenen Streiks in wichtigen Industriezweigen und Institutionen erschüttert ist, schreitet die Inflation voran. Um den Arbeitskämpfen beizukommen, verteilt der Republikaner, dort wo er zuständig ist, grosszügig unsozial gestreute Trostpflasterchen. Er bereichert die Empfänger grosser Gehälter um Hunderte pro Monat, während die Kleinen kaum den Gegenwert des Geldschwundes und der Teuerung des letzten Jahres, geschweige denn dieser Gelder seit der letzten Gehaltserhöhung bekommen.

Vietnam: Es wird weitergeschossen und weitergebombt. «Phony» nennt man seine Südostasienpolitik. Was in weitem Rahmen Doppelzügigkeit, Lüge und Falschspiel beinhaltet. Mit einer tragischen Penetranz druckt die «New York Times» im Reigen mit anderen grossen Tageszeitungen weiterhin ihre Todesliste. Trägt Steinchen für Steinchen zum Mosaik zusammen, das nun, nachdem die Totenziffer des Zweiten Weltkrieges im vergangenen Jahr überschritten worden ist, stramm auf die Summe von amerikanischen Toten zuschreitet, die sich aus der Addition dieser Zahl mit derjenigen der Toten des Koreakrieges ergibt.

Als Beobachter der politischen Szenerie Amerikas im Frühjahr 1970 – an Ort und Stelle – wird man den Verdacht nicht los, dass der Ober-

befehlshaber der US-Streitkräfte, Präsident Richard M. Nixon, ehemaliger Anwalt von Wallstreet-Finanzkreisen, alles tut, um die Aktien der widerlichsten Industrie, die ein Land haben kann, der Rüstungsindustrie, zu stützen. Das offizielle Eingreifen der USA in Laos und Kambodscha scheint unmittelbar bevorzustehen, ist vielleicht schon vollzogen, wenn diese Zeilen im Druck vorliegen.

Die Öffentlichkeit in einem Lande, das sich so ganz und gar nicht mehr als Weltpolizeistreitmacht verstanden wissen will, wird systematisch darauf vorbereitet. In Meldungen, die ebenso lanciert erscheinen, wie es die eines Josef Goebbels sicherlich gewesen sind, wird der Durchschnittsbürger Mr. Citizen in Gottes eigenem Lande auf die Minute vorbereitet, in der er den «totalen Krieg» in Südostasien haben will und fordern wird. Nach dem Motto amerikanischer Aussenpolitik: Wir vertrauen auf Gott. Also müssen wir Gottes grössten Feind auf Erden, den Kommunismus, auf seine Ausmasse beschränken helfen, wenn man ihn schon nicht zusammenschrumpfen lassen kann. – Amerika führt wieder einmal einen Kreuzzug. Man erinnere sich in diesem Zusammenhang an den Titel der Kriegserinnerungen des grossen Generals und späteren republikanischen Präsidenten Eisenhower: Kreuzzug in Europa.

Um das Volk, das es satt hat, einen unerklärten Krieg gegen Nordvietnam zu führen, zur moralischen Unterstützung der kommenden Aktion in Laos und Kambodscha vorzubereiten, bedient man sich der Praktiken, deren sich Hitchcock in seinen Schock-Thrillern bedient. Leichen treiben im Mekongfluss. Von kommunistischen Kambodschanern ermordete süd-vietnamesische Zivilisten. Natürlich. Vergessen ist My Lai. Man klopft sich nicht an die eigene Brust in den Vereinigten Staaten. Dazu ist man viel zu saturiert, viel zu arrogant. Man hat Calley, Medina, denen man den Prozess wegen My Lai machen wird. Die wenigen, die den Versuch weiterhin unternehmen, ein amerikanisches Gewissen in Sachen My Lai zu entwickeln – die sind natürlich «Linke», die unwissend oder wissend Opfer des voranschreitenden Weltkommunismus und der gegnerischen Propaganda geworden sind.

Der Geheimdienst CIA, der sich aus den Kinderschuhen einer nachrichtendienstlichen Organisation, mehr als es den Politikern aller Schattierungen recht sein dürfte, zu einer Herrscherkaste der Vereinigten Staaten entwickelt hat, sorgt für alles. Für Zeugen, die Wasserleichen und kommunistische Verbandsansammlungen beschwören, die schlicht alles – geschickt dosiert – der US-Öffentlichkeit zum Besten geben, was ein Eingreifen in Laos – nein, eine Ausweitung des Vietnamkrieges – rechtfertigen wird.

Und die gefundenen Leichen sind natürlich immer so zugerichtet, wie es die zivilisierten amerikanischen Soldaten – selbst wenn alles, was über die Bestie Mensch im Zusammenhang mit My Lai bekannt wurde, stimmen sollte – niemals hätten fertig-, übers Herz bringen können. Denn

in My Lai verteidigte der freie Westen, dort mordete der Kommunist, besessen vom Drang des Weltrevolutionierens.

Die aufgedunsenen Wasserleichen widersprechen den Angaben und Aussagen von Amerikas besten Journalisten, die beängstigt vor einer Weiterung des Krieges suchend – nichts von Leichen gesehen haben, obwohl sie zur gleichen Zeit wie die CIA-Leute am Ufer des südostasiatischen Schicksalsflusses gestanden haben. Doch ihr Wort wird verketzert. Nur bei der «Linken» haben sie ihr Publikum, das die amerikanische Regierung immer und immer wieder auffordert, sich den Problemen im eigenen Lande zu widmen. Die Mahner der Nation gehören zu den Staatsfeinden, die Vizepräsident Agnew zu maukkorbtragenden Hündchen degradieren will, die den Brosamen der Weissen-Haus-Stellungnahmen widerkauen, um ihn dann gedruckt oder gesprochen weiterzuverkaufen. Zum grösseren Lobe des Herrn Nixon.

Innenpolitisch formieren sich die Minderheiten zum Grossangriff auf den ihnen ohnehin weltanschaulich und menschlich fremden Richard M. Nixon. Der Präsident ist natürlich für die Integration der Farbigen. Auch in den Schulen, so wie es der Entschluss des Obersten Gerichtshofes der USA vorsieht. Aber nicht so schnell, nein, das kann man den weissen Südstaatlern nicht zumuten! Nixon will gleiche Chancen für Schwarz und Weiss – und Rot. Doch sind die grössten Flächen in seinem innenpolitischen Pepita-Stoff noch immer weiss. Der Präsident hat Verständnis. Vor allem für die etablierten Weissen. Und auch derjenige Bürger, der ganz offen zugibt, dass das Gewehr in seinem Wohnzimmer nicht zum Kaninchenschüssen ständig auf Schussbereitschaft gepflegt wird, auch für diesen Jünger der «Violence», der Politik als Ausschöpfung der Gewalttätigkeit, auch für diesen Mann ist genügend Platz unter dem Schutzmantel des Patrons, der den freien Teil unserer Welt bewachenden Vereinigten Staaten.

Das Nachrichtenmagazin «NEWSWEEK» schoss den Vogel in unter die Haut gehender Berichterstattung ab. Richard Nixon hatte die zweite grosse Abstimmungsniederlage eingesteckt, als er den weissen Rassisten Carswell zum Chef des Obersten Gerichts der USA wählen lassen wollte. In vielen Ländern wäre so etwas ein Zwang für die Regierung, abzugeben. Diese Schlappe Nixons kündigte das Nachrichtenmagazin mit einem Titelblatt an, das in seiner Schlichtheit als Nachricht unübertroffen ist: ein Sessel, dunkle Holzschale, die Polster schwarzes Leder. Dazu die einfachen Worte: «Ein Sessel, den man nicht verlassen muss!

Dies zusammen mit der Tatsache, dass der 36. Präsident der USA mit der dünnsten Mehrheit seit Woodrow Wilson 1912 gewählt wurde, nämlich ganzen vier Zehnteln eines Prozentes! ... dass hinter dem Politiker Wilson, setzt man Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und für Republikanische Partei abgegebene Stimmen in Relation, nur ein knapper Drittel der Bevölkerung steht! ... dass zum erstenmal in der Geschichte seit

Zachary Taylor 1848 unter dem republikanischen Präsidenten beide Häuser des Kongresses, also Senat und Repräsentantenhaus – von der Oppositionspartei, den Demokraten, kontrolliert werden . . . Dies alles zusammen genommen zeigt, dass die Lage der Linken, der Demokraten und der politischen Mitte nicht so ungünstig ist, wie sie am Wahltag des Jahres 1968 erscheinen mochte. Einem schwarzen Novemberdienstag und Mittwoch, der einer zerstrittenen, untereinander eifersüchtelnden politischen Interessengemeinschaft, die sich Demokratische Partei nennt, den Exodus aus dem Weissen Haus bescherte.

Dieses Jahr bringt Wahlen, die einen Drittel des Kongresses verändern können. Der erste Dienstag im November wird entscheiden, ob es sich die Republikanische Partei überhaupt leisten kann, «Tricky Dick», wie man taktvoll Nixon, seit er Präsident ist, nicht mehr nennt, weiter zu unterstützen. Jedenfalls in dem Stil seiner Amtsführung. Die Demokraten haben mehrere Pferde im Stall stehen, die – mit Publicity-Rummel startbereit gemacht – jederzeit einen besseren Nixon abgeben könnten.

Lassen wir George C. Wallace beiseite, der mit seiner Independent Party keine Chance, aber doch Einfluss haben wird, indem er die Republikaner weiter in die rechtsradikale Ecke abdrängt, so wird sich eine Konstellation Nixon–Wallace–Unbekannt ergeben.

Ted Kennedys Start als Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden der Demokraten im Senat, eine – abgesehen vom Namen Kennedy – sehr einflussreiche Stellung innerhalb des Senats und seiner Partei, ist von den Wassern der Insel Chappaquidic weggeschwemmt worden. Die Reinwaschungsversuche vor Gericht werden von den merkwürdigsten Dingen überschattet. Verschwundenen Akten als Gipfel davon. Dennoch überraschte eine Umfrage im Februar nicht nur die USA. Bei den verschiedensten Wahlkampfkombinationen für das Jahr 1972 – Nixon und Wallace immer gleich – mit Kennedy, Muskie (Vizekandidat 1968), Humphrey (Nixons Gegner), McCarthy – und Lindsay, dem New Yorker Oberbürgermeister, von dem man sagt, er werde die Republikanische Partei verlassen, weil er ihren Rechtsrutsch nicht mitmachen wolle, und den Demokraten beitreten – bei all diesen Konstellationen lag Kennedy an der Spitze der Demokratenstimmen. Ja, bei einer Umfrage hatte er sogar mehr Stimmen als Nixon . . .

Eine Einigung der Demokraten ist für den November zu erwarten, wenn der Trend der Bevölkerungsstimmung vorliegt. Sollten die Republikaner verlieren, dürfte Humphrey als Exvizepräsident gute Chancen haben, beim Konvent der Demokratischen Partei 1972 die Nominierung für das Präsidentenamt zu bekommen. Kennedy dürfte besser beraten sein, in der Ecke zu bleiben – bis 1976. Er ist jung, das Warten dürfte nicht schwerfallen. 1972 würde er von Klatsch und Schmutzwäsche zerrissen.

Was auch kommen wird: Die Demokratische Partei spricht wieder von einem NEW DEAL, einer Reformpolitik. Damals war Roosevelts NEW

DEAL-Politik von den Ideen des amerikanischen Sozialisten Norman Thomas beeinflusst, dessen Partei niemals eine grosse Rolle im eigentlichen politischen Leben gespielt hat. Mit 3000 Mitgliedern liess er sie zurück, als er im Winter 1968 starb. Stimmen wollen nicht verstummen, die von der geplanten Gründung einer NEW Democratic Party sprechen, die mit sozialdemokratischem Konzept dem innen- und aussenpolitischen Elend der USA beikommen will und beikommen könnte. Und diese Partei soll – so wollen es gut unterrichtete Demokraten wissen – dann um Aufnahme in die Sozialistische Internationale bitten.

Urs Engler

Zum Initiativrecht im Bund

Ausgeschaltete Behörden

Der 7. Juni 1970 wird dem politisch Interessierten schon allein deshalb in Erinnerung bleiben, weil hier mit der «Schwarzenbach-Initiative eine Initiative zur Abstimmung kam, die die ihr zugedachte Rolle als direktes Volksrecht geradezu modellhaft spielte. Sie war nicht, wie heute mehr und mehr üblich, blosser Trumpf bei der Auseinandersetzung im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren, sondern vertrat auf wirkungsvolle Weise ein Anliegen, das sonst offensichtlich überhaupt keine Chancen gehabt hätte.

Das Initiativrecht ermöglicht die Schaffung von Verfassungsrecht, ohne dass die ordentlichen Behörden mehr tun könnten als Annahme oder Ablehnung zu empfehlen. Diese völlige Ausschaltung ist in der Welt einmalig, und es lohnt sich, dieses wirksame Instrument in unserer Hand etwas näher zu betrachten.

Von der Total- zur Partialrevision

Die noch heute geltende Verfassung von 1874 kannte ursprünglich nur das Volksbegehren auf Totalrevision. 50 000 Stimmberechtigte konnten also nur allgemein fordern, es sei eine Revision vorzunehmen. Konkreter vermochten sie ihre Anliegen nicht verbindlich zu formulieren. Auch das Volk konnte nur «ja» oder «nein» zur Revision als solcher sagen, ohne sich damit ausdrücklich für oder gegen die Anliegen der Initianten auszusprechen. Die konkrete Änderung vorzunehmen, war dann Sache der Räte, die im Falle einer Annahme der Initiative neuzuwählen waren. Ihnen stand es aber frei, die Revision nicht im Sinne der Initianten vorzunehmen – ja, sie zum Beispiel als Folge eines «Kammerkonfliktes» überhaupt zu unterlassen.

Wie stumpf dieses Instrument war, erkannten auch die Räte und der Bundesrat, als 1880 ein Revisionsbegehren mit 54 000 Unterschriften die Verankerung des Banknotenmonopols in der Bundesverfassung verlangte.